

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausfallsfrei. Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
„Coole-Zeitung“ eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coole-Zeitung“ gestattet.
Gesamter der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1145,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Abend-Ausgabe.

Coole-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gepollente Kolonialzeit
oder deren Raum mit 20 Pf. berech-
net und in unseren Annahmestellen
und allen Anzeigenstellen ange-
nommen. Zeilen die Seite 1 Mill.
Schluss der Anzeigen: Samstag
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, sowie
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.,
Erfüllungsstelle: 2mal, Sonntags 1mal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Veren-Geschäftsstellen: Markt 24
und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 20.

Halle, Sonnabend, den 12. Januar

1918.

Feuerkämpfe im Westen.

Die russische Finanzrevolution.

Das kommunistische Bankrot der maximalistischen Re-
gierung begegnet in der russischen Presse selbst starken Be-
denken. Russische Fachleute und Nationalökonomien be-
haupten, daß die Bankrotverpflichtung in der Art, wie die
Maximalisten sie wollen, nicht durchführbar sei. Sie gehen
dabei von der Annahme aus, daß die Regierung nach der
alten bürgerlichen Methode die Eintragung gegen entsprechende
Einschätzung vornehmen wolle. Dafür liegt jedoch bisher
noch kein Anhalt vor; man muß vielmehr annehmen, daß
die Regierung nicht beabsichtigt, das alte Eintragungsvor-
fahren anzuwenden. Sollte das jedoch der Fall sein, so wäre es
immerhin möglich, daß die Maximalisten daran dächten, die
Forderungen an die Privatbanken durch Ausgabe von Noten
abzulösen. Dadurch würde allerdings eine beträchtliche Ver-
mehrung des so riesenhaften russischen Notenumlaufs ent-
stehen, daß Rußland unrettbar in Papierwirtschaft verfallen
müßte. Allerdings ist es sehr wohl denkbar, daß die Re-
gierung beabsichtigt, die Verstaatlichung der Privatbanken zu
einer Befriedigung des auf dem Anleihewege aufgetragenen
Schuldenbegriffs zu benutzen. Eine solche Befriedigung würde
theoretisch sehr wohl durch Notenausgabe möglich, wäre
aber praktisch den größten Schwierigkeiten begegnen.

Inzwischen ist das radikale kommunistische Finanzpro-
gramm weiter entwickelt worden. Die Volkskommissare
haben nach einer Reuter-Meldung beschlossen, alle Aus-
sichtungen von Dividenden, von Privatunternehmungen ein-
zuziehen und auch den Handel mit Aktien vorläufig zu ver-
bieten. Ferner verlangt, daß die Regierung die Annulierung
der russischen auswärtigen Nationalanleihe plane. Es
sind sogar schon Einzelheiten über diese Maßnahme bekannt
geworden, von denen man freilich nicht weiß, ob sie zutreffend
mitgeteilt worden sind. Danach soll durch Verbot die ganze
auswärtige Staatsschuld gestrichen werden. Auch die innere
Staatsschuld soll zu einem erheblichen Teile ausgeben
werden, wobei anscheinend die russische Regierung ebenso bei
der Verstaatlichung der Banken die Interessen der milder-
bemittelten Bevölkerung wahren will.

Man sieht, daß die Maximalisten ungenügend mit dem
kommunistischen Wege weiterfahren, augenscheinlich ohne
Rücksicht darauf, welchen Eindruck und welche Wirkungen die
Verstaatlichung ihres Programms im Inlande und Auslande
haben wird. Es handelt sich hier um die Realisierung einer
Idee. Man kann nicht leugnen, daß die Regierung folgen-
los mit einer idealen Weltanschauung vorgeht, daß sie keine
Bedenken kennt, daß sie vielmehr unzerzogen ihrem Ziele, der
kommunistischen Republik, entgegensteuert. Man darf sich
geheim sein, ob die Regierung einigermaßen gefahren
wird, ihren Ideen Raum zu schaffen.

Was die weltwirtschaftliche Stellung Rußlands angeht,
so scheinen die Maximalisten ebenfalls schon einen Plan zu
haben, der darauf ausgeht, Rußland aus der internationalen
Finanzperiode loszulassen. Wenn die Mitteilungen, die
bisher darüber nach Deutschland gelangt sind, zutreffen, so
denkt sich die Regierung den Handel Rußlands mit dem Aus-
lande als Taubstumm ohne Benutzung von Geld. Das ist
eine Idee, die der Krieg geboren hat, denn in den alten
kommunistischen Verfassungen ist es unseres Wissens nicht ent-
halten. Nachdem der Krieg die Währungsfrage beim
die Frage des Güterausstufes in eine ganz neue Entwicklungs-
phase gebracht hat, kann es nicht wundernehmen, daß die
maximalistische Regierung die Erfahrungen sich zunutze
machen will.

Berlin als Mittelpunkt des Kriegs- wirtschaftslebens.

Zweifellos hat der Kartellismus, z. B. bei der gegen-
seitigen Absperrung der bundesstaatlichen Lebensmittel-
märkte, oft über gewirkt. Es wird deshalb niemand an sich
die Zentralisation unseres Wirtschaftslebens in der Reichs-
hauptstadt für verkehrt halten. Nur hat leider der in unserem
Vaterlande eingewurzelte Kartellismus dafür gesorgt,
daß der Berliner Zentralisation von vornherein größtes
Widerstand entgegengebracht und dadurch bedeutende Schwie-
rigkeiten gemacht wurden. Unverkennbar ist tatsächlich im
Zusammenhang mit der deutschen Verfassungsgeschichte Berlin
als zuletzt nicht nur Reichshauptstadt, sondern auch ihr aus-
gesprochenes Hauptstadt des kaiserlichen Reiches geblieben.
Es ist bei uns anders als in Paris oder Rom. Es sind eben
die beiden Berlin und die Reichsinteressen alle die bundes-
staatlichen Einrichtungen und Vorurteile, die hier an den
preussischen und dort an den außerpreussischen Geschäftskreis
gebunden sind. Selbst bei gutem Willen wird es dem Berliner
nicht immer leicht, sich in die Seele des Süddeutschen hinein-
zudenken, während natürlich gern auch das Umgekehrte ge-

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Die Gefechtsstärke blieb auf Westfront und West-
fronten auf verschiedenen Stellen der Front beschränkt.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.
In der
mazedonischen und italienischen Front
ist die Lage unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die neueste U-Boot-Beute.

Berlin, 11. Januar. Auf dem nördlichen Kriegs-
schauplatz seien unjener U-Boote
6 Dampfer
zum Opfer, von denen die Mehrzahl dicht unter der eng-
lischen Ostküste angegriffen der dort besonders starken
Wachung versetzt wurden. Zwei Dampfer wurden aus
demselben Geleitz herausgehoben.
Der Erste Admiralstabes der Marine.

Vergessene englische Kriegskisten.

Berlin, 11. Januar. Zum Schluß ihrer Schiffsahrt zur
Trennung unjener U-Boote greifen neuerdings die Eng-
länder zu Kriegskisten, die weniger leicht als he im-
tätlich. So verließen kürzlich eines unjener U-Boote an
der Ostküste Englands einen beladenen und bemanneten eng-
lischen Dampfer von über 8000 Tonn, dessen Kapitän nach
Sperntein zum Zweck der Verkleinerung ihrer U-Boote hundert
übermalt waren. Mit kräftigen dunklen Farben war außer-
dem vorn und hinten auf hellem Hintergrund Bug und Ste-
des zweiten Dampfers in schräger Lage aufgemalt, um
den Eindruck eines viel kleineren, schon im Sinken begriffenen
Dampfers vorzutäuschen. Das diese Maskierung ihren Zweck
verwirklichte, bewies der Torpedotreffer im Zeitraum, der
eine Kesselexplosion hervorrief und der Dampfer innerhalb
12 Minuten zum Sinken brachte. In der nächsten Nacht be-
gegnete dasselbe U-Boot einem verächtlichen Dampfer, der
eine aufsteigende hellroten roten und grünen Seiten-
laternen vertaucht hatte. Im Begriff, vor der offensichtlich
U-Boot-Galle abzubringen, bemerkte man plötzlich zwei kleine
Fahrzeuge, anscheinend Motorboote, die hinter dem Dampfer
erschanden mit hoher Fahrt hervorbrachen. Sofortiges
Unteruchen des Unterbootes bereitete jedoch die tüd-
lichen Absichten der Feinde.

Belagerungszustand in Spanien.

„Getrab“ berichtet aus Madrid: Der am Mittwoch
Kattgelundene Ministerat ermächtigt den Ministerprä-
sidenten zur Verhängung des Belagerungszustandes über
Spanien.

gestanden werden soll. Schon die Zusammenlegung der Wirt-
schaftsorganisationen und ihrer Leitung spielt hier eine
Rolle. Die Preußen sind in Berlin heimisch, sie arbeiten
der Leichter als die Süddeutschen, und bringen naturgemäß
mehr Kenntnis an dem Gebiet preussischer Wirtse und Ver-
hältnisse mit. Der manche Verlagerung erklärt sich einfach
aus diesen tatsächlich historisch gewordenen Verhältnissen
und schafft ein Vertrauen, das an sich durchaus nicht immer
begründet ist. Um so tatkräftiger sollten die in Berlin arbeiten-
den Organisationen den Wünschen der nichtpreu-
sischen Staaten entgegenkommen. Es müßte
auch da wie bei aller Regierungstätigkeit mit einigem psycholo-
gischem Feingefühl gearbeitet werden, was aber leider bei
wirtlichen Interessengruppen schwerer getan als gefasst ist.
Und daß es sich hier um Dinge handelt, die wirklich nicht
immer bloß Stimmungsmache sind, beweist eine Erinnerung
etwa an die Stilllegung von Industrien oder an die Ver-
teilung von Heeresaufträgen. Besteht wie in Bayern ein
eigenes Kriegsministerium, so kann dieses die Wünsche des
eigenen Landes jedenfalls leichter mit Sachkenntnis und
Gerechtigkeit berücksichtigen, als es das Berliner Kriegsmini-
sterium in Bundesbesuchen eines eigenen Kriegsministeriums
fertig bringt. Auch bei der Stilllegung von Industrien ist der
Wid aus der Nähe mehr richtig als der aus der Ferne.
Es ist keineswegs unter allen Umständen die wirklich nicht
immer bloß Stimmungsmache sind, dessen Arbeiter insofern
niehtoff unwillig aber gar keine Aufgaben bekommen. Das
ist häufig bei Industrien mit Feinarbeitern der Fall. Kon-
geßionen an den Kartellismus müssen dürfen und sollen gewiß
nicht gemacht werden. Aber daran, daß die in Berlin kon-
zentrierten Verwaltungen auch nicht unzufrieden sind und in
vielen Dingen die bundesstaatlichen Sonderwünsche und
Sonderkenntnisse mehr berücksichtigen könnten, darf wohl er-
innert werden.

Frankreichs „Schwere Pflichten“ für 1918.

Genf, 10. Januar. Nach einer Gasas-Meldung sagte
Senatspräsident Dubois bei der Wiedereröffnung der
Tagung:
Das Jahr 1917 hat allen bereits auf Frankreich ge-
häuftes Leiden eine neue schwere Last von Krieg und
Trauer hinzugefügt, ohne eine Entlastung zu bringen.
Der mächtigen Hilfe Nordamerikas fehlte der
russische Abfall gegenüber, belastet Frankreich für
1918 mit eben so schweren Pflichten, wie 1914 es getan hat,
und fordert von ihm nach drei Jahren voller Eifer eine
Wiederholung der Heldentaten an der Marne und bei
Verdun.
Dubois nannte den Abfall Rußlands den größten in der
Weltgeschichte und erklärte, Frankreich habe keine
Zeit mehr, den Sieg aufzuschieben.

Die Wiener Presse über Brest-Litowsk.

Wien, 11. Januar. Die Blätter haben als das wichtigste
Ergebnis der getragenen Beratungen in Brest-Litowsk die Er-
zielung des Aufhensfalls hervor, der durch das Verlangen
der russischen Regierung, in einem neutralen Orte zu ver-
handeln, entfallen war.
Das „Kronenblatt“ sagt: Die mit einer ruckartig
Lösen Offenheit abgegebenen Erklärungen des Staats-
sekretärs v. Kühlmann und des Grafen Gertin haben die Er-
zielung des Aufhensfalls hervor, der durch das Verlangen
der russischen Regierung, in einem neutralen Orte zu ver-
handeln, entfallen war.
Das „Kronenblatt“ sagt: Die mit einer ruckartig
Lösen Offenheit abgegebenen Erklärungen des Staats-
sekretärs v. Kühlmann und des Grafen Gertin haben die Er-
zielung des Aufhensfalls hervor, der durch das Verlangen
der russischen Regierung, in einem neutralen Orte zu ver-
handeln, entfallen war.

Unterbrochener Drahtverkehr mit Brest-Litowsk.

Berlin, 12. Januar. Der Unterstaatssekretär im Aus-
wärtigen Amt von dem Botschafts empfang gestern abend nach
der Sitzung des Hauptauschusses wieder die Parteiführer.
Dem „L.A.“ zufolge konnten Botschaften von besonderer
Wichtigkeit nicht mitgeteilt werden, da die telefonische Ver-
bindung mit Brest-Litowsk durch Umsetzen zum Teil ge-
brochen ist.
Nach der „Germania“ bringen uns die Pläne der
Kraiaer nicht unbeachtliche Fingerzeige für die Lösung
der Diktatagen.

Kommissionsberatungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 11. Jan. Im Sinne des in der getragenen
Beratung geäußerten Beschlusses trafen gestern nachmittag
die Abordnungen der Delegationen Deutschlands, Oesterreichs,
Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen.
Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation
am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur
Beratung der politischen und territorialen
Gegenseitigkeit gebildet werden soll und daß parallel mit den

Die Wahlreform im Ausschusse.

Die Rückwirkung auf das Gemeindevahlrecht. — Einführung einer Wahlpflicht? Die Stellung der Kriegsteilnehmer zum Wahlrecht.

Beratungen Vorberathungen der Kaiserprocurator der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschafflichen und Rechtspflege statustischen Dingen. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erwähnte Kommission am 11. Januar, vormittags 10 Uhr, ihre Beratungen beginnen sollte. Von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite wurden in die Kommission entsandt: die Vorstehenden der beiden Delegationen, der diplomatische und militärische Beigeordnete und zwei Beisitzer. Die russische Delegation besteht aus der Beisitzung des Jahres, der in die Kommission zu entsendenden Mitglieder von. Diese Kommission hat sich heute vormittags 10 Uhr konstituiert und ihre Beratungen begonnen, die um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und um 10 Uhr fortgesetzt wurden.

Eine Genfer Kugelmaterialefabrik in die Luft gestiegen.

Gené, 11. Jan. Die pyrotechnische Fabrik in Carouge, einem Vororte von Gené, ist heute abend in die Luft gestiegen. Die Fabrik stellte Kugelmateriale für die Artillerie her. Einzelheiten fehlen.

England zieht sich aus Rußland zurück.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nicht weniger Bedeutung als Buchanan's Ausrück aus Petersburg ist die Tatsache, daß auch der berühmte Chef der britischen Militärmission, Oberst Knox, sowie der Leiter der britischen Marine-Mission, St. John, zusammen mit Buchanan nach England zurückgekehrt sind. Weitere Angaben sprechen für den Abzug der Entente in Rußland. Die Engländer beginnen, ihre bisherigen Stützpunkte und Expeditionen im Ural- und im Finländischen Meerbusen einzuziehen. Die britischen Offiziere der betreffenden Station in Selingfors und Ersland bereits nach Petersburg abgereist, um sich von dort aus über Schweden nach England zurückzugeben. Ferner ist von der britischen Regierung auf den Fall eines Zusammenstoßes mit dem Kaiser, mit Ausnahme von zwei Offizieren und einem Dutzend Mannschaften, ebenfalls alles abberufen und nach Petersburg abgereist. Schließlich verlangt, daß auch die britische Garnison von Archangelsk sich dorthin begeben soll, wo britische Transportpanzer ihrer warten. (T. U.)

Polens außerpolitische Neigungen.

Wars, 11. Januar. Das Polnische Reichsbureau schreibt: Der Besuch der polnischen Regenten beim Deutschen Kaiser ist eine sehr bemerkenswerte Tatsache. Der Führer der Abordnung Herr Lubomirski, der von den Russen zum Stadtpräsidenten von Warschau ernannt worden war, um den deutschen Behörden gegenüber ursprünglich eine sehr kühle und reservierte Haltung ein. Erst der Gang der Ereignisse brachte ihn ebenso wie die beiden anderen Regenten, den Erzbischof Radomski und den Grafen Ostrowski, die anfangs ebenfalls passivistisch gesinnt waren, zur Ueberzeugung, daß für Polen die Formel „ex oriente lux“ nicht paßt, da die ganze polnische Kultur auf westeuropäischen Fundamenten aufgebaut ist, und daß der Anschluss an die Mittelmächte eine natürliche Folge der tatsächlichen Verhältnisse sei. Die Rede des Reichs-Präsidenten war aus diesem Grunde bemerkenswert, weil darin dem Deutschen Kaiser als Friedensstifter begrüßt wurde.

Neue Reichssteuern.

T. U. Berlin, 12. Januar. Wie die „N. N.“ hört, waren gestern die Finanzminister der Einzelstaaten hier versammelt, um vor der Einbringung des Reichsetats mit dem Reichsfinanzminister über Einzelheiten des Reichshaushalts zu beraten. Hier heute abend sind die Finanzminister und eine Anzahl politischer und parlamentarischer Persönlichkeiten zum Grafen Reichenberg geladen.

Bei den weiteren Beratungen (Siehe auch Morgen-Ausgabe der „Eagle-Zeitung“) des Ausschusses des Abgeordnetenhauses über die Wahlrechts-Reform teilte ein Zentrumsmittler mit, daß keine Partei zu den drei organisch zusammenhängenden Vorlagen erst nach ihrer Durchberatung einmütig Stellung nehmen werde.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führt aus: Nach den ausgiebigen Erörterungen im Plenum besteht kein Anlaß zu einer größeren Generaldebatte. Der Zusammenhang zwischen den drei Vorlagen ist nicht so eng, daß sie als ein organisch untrennbares Ganzes behandelt werden müßten. Wir bedürfen gegenüber jeder einzelnen Vorlage unsere volle Entscheidungsfreiheit. Die Frage eines Zweitammensystems ist für sich betrachtet, aber in Preußen liegen die Verhältnisse eine andere Auffassung nahe. In Preußen ist die Krone bisher noch nicht bei der Auswahl ihrer Minister an das Votum ihrer Kammer gebunden und deshalb genügt in Preußen eine einzige Kammer.

Ein freikonserverativer Redner fragt, wie sich die Regierung zur Reform des Stadtverordnetenwahlrechts stelle und wie der Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekleideten eine öffentliche Wahlrechtsversammlung abhalten könne, was andere Parteien verboten sei.

Minister des Innern Dr. Drems erklärt, daß eine Einführung des Dreitammenswahlrechts im Staate auch ihre Rückwirkung auf die Gestaltung des Gemeindevahlrechts haben müßte, aber noch nicht die Einführung des gleichen Wahlrechts auch in den Gemeinden zur Folge haben müßte. Die Gemeinden seien vielmehr auf Leistung und Gegenleistung ausgebaut wie der Staat und die Ausgestaltung des Gemeindevahlrechts kann erst erfolgen, wenn die zukünftige Gestaltung des Wahlrechts im Staate zu übersehen ist und der Stadtrat voll, gehört sind. Daß eine Gemeindevahlrechtsreform kommen wird, ist zweifellos.

Das Oberlandmann getätigt grundsätzlich seine öffentlichen politischen Versammlungen, sondern nur Mitgliederversammlungen. Sollte unter dem Deckmantel einer Versammlung, die der Wohlfahrt der Mitglieder dienen sollte, eine Einwirkung auf öffentliche politische Angelegenheiten angestrebt worden sein, so werde das Oberlandmann gewiß eingreifen.

Das sozialdemokratische Ausschussmitglied betont die grundsätzliche Forderung nach dem gleichen Wahlrecht auch in der Gemeinde und fordert freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle politischen Parteien.

Ein Nationalliberaler findet es gleichgültig, ob der organische Zusammenhang durch ein Mantelgesetz oder sonst wie ausgedrückt wird. Ohne einen Antrag zu stellen, regt er an, die Herrenhausvorlage zuerst zu erledigen, denn eine ganze Reihe seiner Freunde hätten ausdrücklich betont, daß sie dem gleichen Wahlrecht nur zustimmen könnten, wenn ein mit starker Macht ausgestattetes Herrenhaus zustande käme.

Ein freikonserverativer meint, die Regierung habe sich verpflichtet über das künftige Gemeindevahlrecht zu erklären. Gegen die Anregung des Vorredners hat er Bedenken. Ein konservativer Mannes führt aus, daß ein großer Teil der Besonderen im Plenum nicht vorgeschritten sei. Deshalb und weil seine Freunde in dieser schwerwiegenden Frage eines Positives und Negatives schaffen wollen, ist seine Kräftigung und eingehende Debatte nötig. Seine Freunde würden, vom gleichen Wahlrecht eine Klassen- und Klassenherrschaft, die dem Ideal von Gleichheit, Gerechtigkeit und Ethik am allergeringsten gerecht würde. Welche Sicherungen schaffe die Regierung dagegen und wie sieht sie zur Einführung der Wahlpflicht?

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärt zunächst, daß es sich bei der Reichsbekleideten nur um eine Mitgliederversammlung gehandelt

haben könne. Grund zur Beschränkung wäre erst vorhanden, wenn die Einladung über diesen Kreis hinausgegangen wäre. Auf die Frage des konservativen Redners nach Sicherungen antwortete er, daß die Vorlage aufgeführt sei auf dem Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft. — Auf eine andere Frage des konservativen Redners gibt Minister des Innern Dr. Drems an, daß auf Grund der letzten Wahlsitzung unter dem

gleichen Wahlrecht das Abgeordnetenhause folgende Zusammenlegung haben würde:

Konservative	81
Freikonserverative	34
Nationalliberale	46
Fortschrittliche	49
Zentrum	92
Polen	41
Sozialdemokraten	101
Verständene Parteien	11

Mit der Frage der Einführung der Wahlpflicht haben die Regierung sich beschäftigt. In den Ländern, in denen sie eingeführt ist, wurde darüber gefaßt, daß es aus außerordentlich schwerer sei, über die Einführungsgeschichte der von der Wahl-Zerstückelungen jagemäß zu entscheiden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter betont, gegen ein etwaiges Verbot der Erörterung der Wahlrechtsfragen in öffentlichen Versammlungen auf das schärfste protestieren zu müssen. Er freut sich, daß die Kriegsteilnehmer deutlich gezeigt haben, wie sehr ihnen das gleiche Wahlrecht am Herzen liege. Der nationalliberale Antrag stützt er nicht zu folgen, denn welchen Eindruck würde es machen, wenn man zunächst die Herrenhausvorlage erledigt. Das Gemeindevahlrecht sei reformbedürftig, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Minister Dr. Drems erklärt nach, daß dem Oberlandmann über öffentliche politische Versammlungen verboten seien, besondere Anordnungen über Wahlrechtsversammlungen aber nicht erlassen wurden.

Ein Zentrumsmittler legt dar, daß zwischen dem Landtagswahlrecht und dem allerdings reformbedürftigen Gemeindevahlrecht kein innerer Zusammenhang bestehe. Einführung der Wahlpflicht würde auf Schwierigkeiten stoßen.

Ein weiterer Zentrumsmittler (Arbeitervertreter) trat energisch für das gleiche Wahlrecht ein. Ein Polener fordert eine der Größe der politischen Bewegung entsprechende Vertretung, wolle man die Polen nicht im Landtag haben, dann müsse man ihnen konsequenterweise eine solche Autonomie geben, daß man ihre Gegenwart im Landtage nicht mehr zu ertragen brauche.

Ein Konservativer meint, daß man sich brauchen an der Front mit dem gleichen Wahlrecht in seiner Weise beschäftigt.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg führt aus, zwischen dem Staat und den Gemeinden bestehe ein großer Unterschied. Den Gemeinden läßt die Gesetzgebung vom Staat vorgeschrieben, der Staat ist selbst Gesetzgeber. Man werde das Gemeindevahlrecht im Zukunft abhaken müssen, denn bis zur Entscheidung solle sich nicht aufrecht erhalten, denn heute müßten in den Großstädten 88 Prozent der Wähler in der dritten Klasse und nur 12 Prozent in den beiden ersten Klassen. Aus praktischen Gründen lasse sich das Gemeindevahlrecht dem politischen Wahlrecht zum Landtag nicht anpassen.

Ein fortschrittlicher hält die Reform des Gemeindevahlrechts für nötig. Wenn die Konservativen sich jetzt so für das Gemeindevahlrecht ins Zeug legen, so werde er sie gegebenen Zeit an ihre jetzige Haltung erinnern. Sonnabend 11 Uhr Weiterberatung.

Der Begründer der experimentellen Pathologie.

Zum 100. Geburtstag von Ludvig Traube am 12. Januar.

Man kann es unumwunden einsehen: auch die deutsche Medizin hat während des Krieges ihre Feuerprobe bestanden. Das gilt nicht nur von ihren Feldheeren auf dem Gebiete der Chirurgie, der Bakteriologie und unblutigen Orthopädie, das gilt auch von der Bekämpfung der Seuchen und inneren Krankheiten. Dabei darf natürlich nie außer acht gelassen werden, und es ist das auch niemals gelassen, daß die Fortschritte der Medizin hauptsächlich durch die deutschen Medizin durch ihren arabischen Ausbau im vornehmsten Jahrhundert bis zur Gegenwart gesehen werden. Weil sich die medizinische Wissenschaft auf eine solche hervorragende Ärzte, die zu Fortschritten auf ihrem Gebiete wurden, zurückzuführen. Das gilt nicht nur von Ludvig Traube, dem Begründer der experimentellen Pathologie, der vor 100 Jahren, am 12. Januar 1818, in Rastatt geboren wurde. Eine Wästel der Danbarkeit und Berechnung ist es, dieses Mannes an seinem Gedenktage zu gedenken.

Nach seinen medizinischen Studien in Breslau, Wien und Berlin ließ sich Traube im Jahre 1841 in Berlin als Arzt nieder. Hier wollte er die Methoden der Perfektion und Ausnutzung, denen er besonders sein Studium gewidmet hatte und ohne die wir heute das Erkennen eines Krankheitsfalles überhaupt nicht mehr für möglich halten könnten. So hat sich Traube mit einem Arztnetz der Rollenrolle Wortführender aufgenommen, luderte mit hinabgehend Eifer jeden Krankheitsfall, über den er sich, wenn möglich mit Beobachtungen, genaue Aufzeichnungen machte. Da verbot die Arztnetzordnung, gerade als man auf Traube's Entdeckungen aufmerksam zu werden begann, ihm das Arbeiten an den Patienten des Krankenhaus. Doch überließ Traube, im Oberbetsrat Dr. Haberland in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, einen anderen Weg zum Ziele. Was der Arzt nicht durchführen konnte, sollte der Forscher erledigen. Er war sich mit dem ihm eigenen Fleiß auf des Tierkörpers, um die Methoden der niederen Tierwelt, die er zunächst in seiner Wohnstadt, später in der Tierarzneischule durchführte, schuf er sich die Grundlagen für seine erste experimentelle Arbeit über die Beziehungen und Ursachen der Verdauungs des Lungengewebes. Mit dieser bahnbrechenden Arbeit wurde Traube der Begründer der experimentellen Pathologie in Deutschland. Im Verein mit Rudolf Virchow und Reinhold Arndt er die Beiträge zur experimentellen Pathologie, in denen als erste die eigenartige Arbeit erschien. In der Einführung zu dieser Reihelicht schrieb Traube den bescheidenden Satz: „Wir bedanken uns in den besten Naturwissenschaften“

schaften so auch in der Pathologie den Nachweis des wirklichen Zusammenhanges der Erbinheiten; denn dieser allein ist das Wissens wert. Es ist das zu der paffensten Beobachtung hinzugeordnete Experiment, welches auch die Pathologie zu dem, was sie werden soll, zu einer echten Naturwissenschaft, machen kann.“

Seiner war der Reichsricht dieser ersten Aufzehrung der jungen Berliner Schule nur ein kurzes Leben befristet. Schon nach Jahresfrist am 6. April Traube wurde rath entschädigt, denn ihm trat eine Wundung des Gehirns, die er noch viele Jahre später als das größte Glück seines Lebens bezeichnet hat, das Jahr 1848 öffnete ihm die Pforten zur Dozentur und zur Tätigkeit in einem großen Krankenhaus. Am 25. Januar 1849 wurde er der erste Privatassistent der Charité an der Schönemann'schen Klinik. In überaus frühen Jahren wurden ihm begonnen mehrere neue Forschungsrichtungen, die den Ruhm des Gelehrten für alle Zeiten festsetzten. Traube's Bestreben am nicht bloß darin, ein glänzender Diagnostiker zu sein, sondern auch ein helfender Arzt. Seine ersten Arbeiten beschäftigten sich mit der Verwendung des Fingerstuhls zum Wohle der Kranken. Da, wie Virchow treffend sagte, Traube's Streben auf die Erläuterung der Vorgänge im erkrankten Körper gerichtet war, wußte er sich auch der Erziehung der Kinder. Bei diesen Untersuchungen hat Traube als erster methodisch Temperaturen gemessen. Seine Hauptarbeiten aber betrafen die Erkrankung der Brustorgane, die er sowohl durch Beobachtungen am Kranken als auch durch Experimente erklärte. 1857 wurde er außerordentlicher Professor, 1862 erfolgte die Ernennung zum ordentlichen Professor an den militärärztlichen Widmann'schen Institute. Traube besand sich auf der Höhe seines Lebens. Den Erlösen folgte jedoch noch ein Rückfall, als man auf Verreiben einiger Gelehrter seiner Klinik das „Mediz. naturh. Praktikum“ auszuscheiden und so deren Arbeit überließ. Ge gelang dann der neuen Freunden Traube's, so besonders dem Bemühnen Albert v. Graefes, die Rücknahme dieser Verfügung zu erreichen. 1866 wurde Traube Obermedizinalrat, 1872 nach Herausgabe seiner gesammelten Werke ordentlicher Professor an der Berliner Universität. Schon aber begann das Weiden, das er selbst als eine schwere Hinterdenkmalma bedeutet hatte, immer bedrohlicher hervorzutreten, umal er sich nicht genügend schonte. Am 11. April 1876 wurde er dann durch den Tod erlös.

Was der Arzt und Forscher Traube Graefes in der Förderung unseres Wissens vom krankhaften Weiden gethan hat, steht mit unerschütterlichen Letzen in der Geschichte der Medizin. Traube's Leben aber zeigte, wie Virchow so schön seinen Nachruhm in den Bestrebungen bezeugt: „daß man früh anfangen muß, wenn man es einem solchen Manne gleichgültig will.“

Kunst und Wissenschaft.

Aufführung „Geleit“ betitelt sich ein neues Lustspiel von Karl Feller, das im März am Münchener Schauspielhaus zur Aufführung gelangt.

„Medea“ Aufführung in Nürnberg. Aus Nürnberg wird uns geschrieben: Einen großen Erfolg fand die Aufführung der in ewig unveränderlicher, ruhiger, stolzer Schönheit strahlenden „Medea des Euripides“ in der Nachbichtung von Ulrich v. Willamowitz-Wollensdorf im Nürnberger Stadttheater. Johannes Tralow leitete die Aufführung mit peinlicher Genauigkeit und hatte Darstellungen, Gruppierungen, Farbverwendungen und Bühnenbild in einem einschneidenden Rahmen tragbarer Stilleitung gemeistert, der dem Werke zu anbringlichster Wirkung verhalf. Johanna Bauer schenkte uns mit ihrer Medea eine Leistung von gluttotter Leidenschaftlichkeit und imponierender Größe.

Dr. Franz v. Sogel, ordentlicher Professor der Agrarökonomie an der Technischen Hochschule in München, bekannt durch sein neues Verfahren zur Bestimmung des Fettgehalts der Milch und durch seine Methode der Säuglingsernährung mit sterilisierter Kuhmilch, hehgt am 13. Januar den 70. Geburtstag.

Alexander Wolff, der am 14. Januar in den Thaliafällen in Halle einen Goethe-Abend gibt, klagt gegen die Direktion der Vereinigten Theater in Breslau. Er mußte seinen Vortragabend vom 6. Januar abgeben, weil die Direktion der Vereinigten Theater durch einseitige Verfügung diese Abgabe erzwang. Wolff ist für ein Goethefest im Lobe-Theater gebunden. Dieses Goethefest soll aber erst im nächsten Frühjahr stattfinden. Im Verträge befindet sich die Bedingung, daß Wolff vorher in Breslau nicht auftreten dürfe. Der Künstler, dem sich gutdunlich die Direktion des Deutschen Theaters Berlin und die Deutsche Bühnengesellschaft anschließen, steht auf dem Standpunkte, daß sich diese Bedingung nur auf anderweitige Theatergalleen, nicht aber auf Vorträge bezog. Er hat demzufolge eine Schadenersatzklage gegen die Direktion der Vereinigten Theater erhoben.

Hochschulnachrichten.

Professor Dr. Bernhard Fehr von der Technischen Hochschule in Dresden hat einen Ruf nach Staßburg als Ordinarius für englische Philologie angenommen.